



Operation Weserübung. Um viertel nach vier am Morgen des 9. April 1940 leitete Deutschland die Operation Weserübung ein, den Angriff auf Dänemark und Norwegen. Zwei deutsche Angriffsskeile von insgesamt 30 000 Soldaten überschritten die dänisch-deutsche Grenze, und es wurden deutsche Soldaten von der See her und aus der Luft an mehreren Stellen des Landes eingesetzt.

Im größeren militärstrategischen Zusammenhang war Dänemark für die Deutschen nicht interessant. Das eigentliche Ziel war das strategisch wichtige Norwegen. Jedoch erschienen den Angreifern die zwei Flugplätze bei Aalborg und die nordjütländischen Häfen unentbehrlich zu sein als „Sprungbrett“ für den Feldzug gegen Norwegen, der nach allen militärischen Maßstäben als kühn, wenn nicht gar tollkühn angesehen werden musste.

Dass die Deutschen die dänische Verteidigung überwinden konnten, stand außer Frage. Aber konnten sie auch ganz Jütland im Schnellgang überrollen, wie es in den Plänen zur Weserübung vorausgesetzt war? Aalborg sollte möglichst schon am Tag der Invasion erreicht werden, spätestens am Tag danach, also am 10. April. Andernfalls rechnete das deutsche militärische Oberkommando mit großen Problemen für den Verlauf der Operation Weserübung.

Der Zeitfaktor und das Überraschungsmoment waren daher zentrale Elemente in der deutschen Planung. Das bedeutete unter anderem, dass eine schnelle und effektive Überwindung der dänischen Grenzverteidigung von entscheidender Bedeutung war.

Als die Meldung von der deutschen Grenzüberschreitung eintraf, suchten die Truppen der nordschleswigschen Garnisonen die Stellungen auf, die im voraus zwar *vorgesehen*, aber auf Anordnung der Regierung nicht *vorbereitet* waren. Sie befürchtete nämlich, dass eine Vorbereitung der Stellungen von den Deutschen als eine unfreundliche und provozierende Maßnahme angesehen und daher als Vorwand für einen Angriff auf Dänemark dienen werde.

Die dänischen Soldaten wurden zwischen 4.40 und 8 Uhr in kurze Gefechte verwickelt. Es ergab sich überall das gleiche Bild: Die dänischen Streitkräfte waren unterlegen.

Beeindruckt von den deutschen Drohungen, Kopenhagen aus der Luft zu bombardieren, beschlossen der dänische König und die Regierung, sich dem Ultimatum oder Memorandum, das der deutsche Gesandte um 4.20 Uhr dem dänischen Außenminister überreicht hatte, unter Protest zu fügen. Das war etwa um 6 Uhr morgens.

Wenn die Kampfhandlungen in Nordschleswig, die 14 Dänen das Leben kosteten, bis um 8 Uhr weitergingen, lag das an den Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Kopenhagen und Jütland. Die Deutsche hatten alle Nachrichtenverbindungen bei der Brücke über den Kleinen Belt gekappt.

Die ersten dänischen Gefallenen des 9. April waren drei Grenzgendarmen in Pattburg, die unmittelbar vor der deutschen Grenzüberschreitung von einer in Zivilkleidung operierenden Sondergrup-

Henrik Skov Kristensen: Der 9. April 1940, die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig und die Grenzfrage

Der Aufsatz ist weitgehend identisch mit einem Vortrag, den Dr. Henrik Skov Kristensen in der Akademie Sankelmark am 7. Februar 2004 gehalten hat. Der Aufsatz basiert auf dem Kapitel 1 des Buches „Sønderjylland under Krig og Besættelse 1940-1945“, herausgegeben von Hans Schultz Hansen und Henrik Skov Kristensen: (Henrik Skov Kristensen: „Den 9 april og grænseflytningsrygtene“, S. 11-33)

pe des deutschen militärischen Nachrichtendienstes „Abwehr“ durch Pistolenschüsse getötet wurden.

Darüber, wie die dänische Regierung die Lage am 9. April und in den Tagen vor diesem denkwürdigen Datum bewältigt hat, ist vieles gesagt und geschrieben worden. Vorwürfe wie Verrat, Torheit, Defätismus und Nachlässigkeit wurden des öfteren erhoben. Ja, es wurde (und wird immer noch!) sogar behauptet, dass die deutsche Besetzung aufgrund eines direkten Abkommens mit der dänischen Regierung stattgefunden habe. Das Abkommen soll in Rostock von Außenminister Munch geschlossen worden sein.

Es würde zu weit führen, die vielen Thesen hier zu diskutieren. Ich möchte lediglich feststellen, dass der deutsche Angriff wahrscheinlich für die dänische Regierung überraschend kam, ebenso wie für den Rest der Welt, also auch für die Briten, die, wenn sie die deutschen Absichten richtig erkannt hätten, aufgrund ihrer Überlegenheit zur See eine reale Möglichkeit gehabt hätten, der Operation Weserübung in die Quere zu kommen.

Dass Dänemark – wie übrigens auch Norwegen – auf eine Verteidigung schlecht vorbereitet war, liegt daran, dass die dänische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den 30er Jahren pazifistisch angelegt, um Neutralität bemüht sowie stark von der Furcht geprägt war, Deutschland herauszufordern.

Ein näheres Studium der deutschen Planung zur Operation Weserübung widerlegt jede Theorie von einem abgekarteten Spiel zwischen Deutschland und Dänemark. Ebenso schafft es auch einen anderen zählbaren Mythos aus der Welt, nämlich den, dass die Deutschen Dänemark besetzt hätten, um sich gleichsam eine gute Speisekammer zu sichern. Von Butter und Fleisch ist in ihren Planungen nirgends die Rede. Tatsächlich rechneten die deutschen Wirtschaftsexperten damit, dass die Besetzung Dänemarks eine wirtschaftliche Belastung für Deutschland bedeuten werde.

Britische Experten waren übrigens zum selben Ergebnis gekommen.

Das deutsche Memorandum vom 9. April. Das Memorandum, das am Morgen des 9. April vom deutschen Gesandten im Namen der deutschen Reichsregierung der dänischen Regierung vorgelegt wurde, war ein sonderbares Dokument. Die hauptsächliche Forderung war, dass Dänemark sofort jeden Widerstand gegen die deutsche Besetzung, die als Schutzmaßnahme dargestellt wurde, einzustellen habe. Dies wurde wie folgt formuliert:

„... Die Reichsregierung hat daher mit dem heutigen Tage bestimmte militärische Operationen eingeleitet, die zur Besetzung strategisch wichtiger Punkte auf dänischem Staatsgebiet führen werden. Die Reichsregierung übernimmt damit während dieses Krieges den Schutz des Königreiches Dänemark ... Die deutschen Truppen betreten den dänischen Boden daher nicht in feindseliger Gesinnung ... Die deutschen militärischen Operationen verfolgen ... ausschließlich das Ziel der Sicherung des Nordens gegen die beabsichtigte Besetzung norwegischer Stützpunkte durch englisch-französi-

sche Streitkräfte.“ Und weiter heißt es im deutschen Memorandum, das auch ein hochgradiges Propagandastück war:

„... Die Reichsregierung erwartet daher, dass die Königlich Dänische Regierung und das dänische Volk dem deutschen Vorgehen Verständnis entgegenbringen und ihm keinerlei Widerstand entgegensetzen. Jeder Widerstand müsste und würde von den eingesetzten deutschen Streitkräften mit allen Mitteln gebrochen werden und daher nur zu einem völlig nutzlosen Blutvergießen führen ...“ Andererseits versicherte das Memorandum zum Schluss:

„... dass Deutschland nicht die Absicht hat, durch seine Maßnahmen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark jetzt oder in der Zukunft anzutasten.“

Insgesamt muss man feststellen, dass die Darstellung der tatsächlichen Ereignisse im Memorandum sehr eigenartig war. In Nordschleswig zweifelte jedenfalls niemand daran – ob dänisch oder deutsch gesinnt – dass der deutsche Einmarsch alles andere als friedlich verlaufen war.

Wie oben erwähnt, entschied sich die dänische Regierung, auf die deutschen Forderungen einzugehen, um so die Deutschen auf ihre Versprechungen festzulegen. Dass es unter Protest geschah, änderte grundsätzlich nichts an der Sache. Damit wurde die Linie, die Dänemark mit seiner Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland verfolgte, weiter geführt, vielleicht genauer: man setzte die Anpassungspolitik der Zwischenkriegszeit gegenüber Deutschland unter den neuen Umständen fort.

Das Akzeptieren des deutschen Memorandums vom 9. April bedeutete, dass die Deutschen nicht, wie in allen anderen von ihnen besetzten Ländern, eine eigene Verwaltung in Dänemark aufbauten.

Da Dänemark, formal gesehen, als ein unabhängiges, neutrales Land, mit dem Deutschland nicht im Kriegszustand war, betrachtet wurde, wurden die dänisch-deutschen Beziehungen weiterhin von den Außenministerien der beiden Länder geregelt. Der dänische König, der Reichstag und die zivilen wie militärischen Behörden arbeiteten weiter, wenn auch mit Beschränkungen.

Man muss feststellen, dass besonders in den ersten drei Jahren der Besetzung die Situation in Dänemark fast unnormal normal war – in Anbetracht der Anwesenheit der Deutschen.

Ein Kernpunkt in der Fiktion eines unabhängigen, selbständigen Dänemarks war die Tatsache, dass die Grenzbewachung und die Zollkontrolle weiterhin von den Dänen wahrgenommen wurden. In einem Anhang zum Memorandum vom 9. April legten die Deutschen besonderen Wert darauf, dass die dänische Grenzbewachung und die Zollkontrolle so bald wie möglich wieder aufgenommen wurden.

Deutschland wünschte, wie es hieß, „die deutsch-dänische Grenze nach Durchführung der militärischen Maßnahmen für den normalen Wirtschaftsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark sobald als möglich wieder zu öffnen.“ Schon am 10. April konnten die Grenzgendarmen wieder ihre Arbeit verrichten – sogar

mit Waffen in Händen. Das aber war - ganz symptomatisch für die Konstruktion des 9. April - mit Beschränkungen der dänischen Seite verbunden. Zum Beispiel hatten die Gendarmen keinen Einfluss auf den deutschen Verkehr über die Grenze bei Krusaa und Sæd; von der Insel Röm wurden die Gendarmen ganz zurückgezogen. Immerhin waren die Grenzgendarmen ein deutliches Zeichen dafür, dass es die Nation Dänemark trotz allem immer noch gab, und nicht zuletzt dafür, dass die dänisch-deutsche Grenze, jedenfalls vorläufig, festlag!

„Territoriale Integrität“ und die Grenze. Ich bleibe ein wenig bei der dänisch-deutschen Grenze und ihrer Rolle in Verbindung mit dem deutschen Memorandum vom 9. April. Ich tue das in erster Linie, weil die dänische Forschung zur Besatzungszeit die Bedeutung der Grenze in diesem Zusammenhang nur unzureichend betont. Auch in dem Werk von Bo Lidegaard (2003) über die dänische Außenpolitik von 1914 bis 1945 wird meiner Ansicht nach die Bedeutung der Grenzfrage nicht ausreichend betont, ebenso wenig die Rolle des Minderheitenproblems im Verhältnis zu Deutschland.

Als die dänische Regierung auf die deutschen Forderungen am 9. April einging, war die deutsche Zusage einer „territorialen Integrität“ für sie ein sehr wesentlicher Beweggrund. Der Ausdruck „territoriale Integrität“ wird in der allgemeinen Forschung zwar als Kernpunkt des Memorandums registriert und wiedergegeben, aber es geschieht in der Regel unreflektiert. Für mich gibt es jedoch keinen Zweifel, dass man in dem gegebenen historischen Kontext die Formulierung beiderseits ganz konkret verstanden hat: die „territoriale Integrität“ wurde vor allem im Hinblick auf die dänisch-deutsche Grenze zugesichert.

Meine Auffassung wird freilich nicht durch zeitgenössische Quellen gestützt.

Das Ministerprotokoll ist sehr kurz gefasst und hat den Charakter eines Beschlussprotokolls. Und die Tagebücher von Außenminister Munch enthalten auch keine Hinweise für meine Interpretation. Dagegen gab Verteidigungsminister Alsing Andersen nach dem Kriege einen ausführlicheren Bericht an die „Parlamentarische Kommission“ über die Überlegungen am 9. April 1940, und hier heißt es unter anderem:

„Das, wozu wir an diesem Morgen Stellung nehmen mussten, war, ob Dänemark den militärischen Widerstand aufgeben wollte, um dafür die schriftliche Zusicherung der deutschen Regierung zu bekommen, dass Deutschland 'weder jetzt noch in der Zukunft die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit Dänemarks antasten werde' ...

Nachdem der Nicht-Angriffspakt (zwischen Dänemark und Deutschland) zur Seite gefegt war, konnte man zwar neuen Zusicherungen der deutschen Regierung kein sonderliches Vertrauen schenken, aber wir mussten andererseits zu dem Urteil gelangen, dass Dänemark hier eine Möglichkeit geboten wurde, ohne katastrophale Zerstörungen durch den Krieg zu kommen. Sicher war auf jeden

Fall, dass eine Ablehnung dazu geführt hätte, dass die deutsche Wehrmacht den Widerstand 'mit allen Mitteln' gebrochen hätte, wie es im Memorandum hieß ... Die Besetzung hätte sofort gewaltsame Formen angenommen, wie es in den anderen Ländern der Fall war, und es musste auch mit der sehr wesentlichen Tatsache gerechnet werden, dass der brennende Wunsch der deutschen Volksgruppe nach einer Wiedervereinigung mit Deutschland durch eine Rückverlegung der Grenze zur Königsau augenblicklich in Erfüllung gegangen wäre, unter anderem mit dem Ergebnis, dass die dänischen Nordschleswiger als deutsche Soldaten wieder auf die Schlachtfelder Europas geworfen worden wären ...“ Soweit die Erklärung des Verteidigungsministers Alsing Andersen.

Jetzt wird man natürlich alle möglichen grundsätzlichen quellenkritischen Einwände gegen die Erklärung Alsing Andersens anführen können, zum Beispiel sie sei von nachträglicher Sinngebung geprägt; er habe die Grenz- und Nordschleswigfrage für seine eigene Verteidigung instrumentalisiert. Mir kommt seine Erklärung jedoch ganz plausibel vor. Denn jede vernünftige Abwägung kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem die historischen und politischen Erfahrungen bei den dänischen Entscheidungsträgern am Morgen des 9. April von Gewicht waren.

Und worin bestanden diese Erfahrungen?

Vor allem im nationalen Trauma Schleswig, das von 1864 bis 1920 unter deutscher Herrschaft stand. Im Ersten Weltkrieg sind mehr als 5000 dänisch Gesinnte als deutsche Soldaten gefallen.

Die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark als Folge des Versailler Vertrages – eines Vertrages, dessen Grenzziehungen von Deutschland nie anerkannt wurden – beließ in Nordschleswig eine deutsche Minderheit. Besonders nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Jahre 1933 wurde die Revision der Grenzen des Versailler Friedens ein wichtiges Ziel der deutschen Außenpolitik, und sie stand im Mittelpunkt der politischen Agitation und Propaganda.

Wie die anderen deutschen Volksgruppen in Europa wurde auch die Minderheit in Nordschleswig mit etwa 25- bis 30 000 Mitgliedern nazifiziert, kulminierend 1938 in der unbestrittenen Führerschaft der NSDAP-N unter Jens Möller. Er und die übrige Volksgruppenführung sorgten dafür, dass die Minderheit politisch und kulturell gleichgeschaltet und der Partei nach reichsdeutschem Muster unterstellt wurde. Das alles überschattende Ziel der Volksgruppe war eine Grenzrevision, und unter dem Eindruck der Ereignisse in der Tschechoslowakei, dem Memel-Gebiet und Danzig, wo Deutsche „heim ins Reich“ kamen, wurde unter der Parole „Wir wollen heim ins Reich“ eine Grenzverlegung die Hauptforderung der Minderheit im Folketingswahlkampf des Frühjahres 1939. Jens Möller wurde danach in Berlin mitgeteilt, dass eine Grenzrevision nicht im Vordergrund stehe. Seitens der Reichsdeutschen versuchte man überhaupt, die Forderungen der Volksgruppe in Nordschleswig zu dämpfen.

Im Mai 1939 schlossen Dänemark und Deutschland einen Nicht-Angriffspakt ab, und im Oktober dieses Jahres, also etwa einen Monat nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, ließ Hitler öffentlich verlauten, dass Deutschland keine „territorialen Forderungen“ gegenüber Dänemark erheben werde. Gleichwohl waren die allgemeine und grundsätzliche Revisionspolitik Deutschlands und nicht zuletzt die nationalen Spannungen, die durch die Parolen der deutschen Volksgruppe im Grenzgebiet erzeugt wurden, eine Quelle ständiger dänischer Sorgen.

Grob gesagt kann man die Probleme der dänischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit auf drei reduzieren, nämlich erstens Deutschland, zweitens Deutschland und drittens Deutschland, und die Grenzproblematik stand dabei immer im Mittelpunkt.

Der deutsche Überfall am 9. April 1940, der einen Bruch des Nicht-Angriffspaktes vom Mai 1939 bedeutete, machte der dänischen Regierung völlig klar, dass man den Zusicherungen Hitlers nicht trauen konnte. Eben darauf hat Verteidigungsminister Alsing Andersen in seinem Bericht über die Überlegungen, die die dänische Regierung am Morgen des 9. April anstellte, hingewiesen.

Dennoch sah die Regierung keinen anderen Ausweg als noch einmal einen zweifelhaften „Vertrag“ (nicht im formalen Sinne) mit Hitler-Deutschland abzuschließen, um zu versuchen, Deutschland an seine Zusage – der „territorialen Integrität“ – zu binden, eine Zusage, die vor allem auf dänischer Seite für Nordschleswig und die Grenzproblematik gelten musste.

Norwegen bekam, wie bekannt, am 9. April 1940 ein gleichlautendes Memorandum überreicht; Deutschland schien diese Art Angebote „in Serie“ zu formulieren: Als seine Truppen im Monat danach in Holland und Belgien einrückten, wurden den zwei Ländern Memoranden mit identischem Wortlaut zugestellt. Auch hier stand die Zusicherung der „territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit“ im Mittelpunkt. Wie Norwegen nahmen weder die Niederlande noch Belgien das deutsche Angebot an, was unter anderem zur Folge hatte, dass die Gebiete Eupen-Malmedy-Moresnet, die Deutschland im Versailler Frieden an Belgien abgetreten hatte, am 18. Mai 1940 wieder in das Deutsche Reich eingegliedert wurden!

Die Reaktionen in Nordschleswig am 9. April. Besonders in Nordschleswig rechnete man nach dem deutschen Einmarsch am 9. April mit entscheidenden Veränderungen. So trat der stark schockierte Bürgermeister von Sonderburg, Hans Nielsen, um 8 Uhr morgens in sein Büro in der Erwartung, dass nunmehr die Leitung der Gemeindeverwaltung an Angehörige der deutschen Minderheit zu übertragen sei.

Während Hans Nielsen – und andere dänisch Gesinnte mit ihm – schockiert waren, erwies sich die Stimmung in der deutschen Volksgruppe als nahezu euphorisch. Zwei aussagekräftige Quellen zeugen gleichermaßen von der Stimmung in Nordschleswig am 9. April. Im Entwurf eines Berichts des Polizeimeisters Agersted aus Apenrade an das Justizministerium heißt es unter anderem: ... „bald jubelten unsere deutschen Mitbürger den deutschen Soldaten zu, ja, einige,



die normalerweise recht besonnen waren, benahmen sich wie die Wilden.“

Ich möchte aus einer anderen Quelle noch eingehender zitieren. Es geht um einen Bericht des deutschen Konsulats in Apenrade vom 22. April an die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen:

„Am 9. April haben mehrere Angehörige der deutschen Volksgruppe das Haus der hiesigen Schiffsmaklerfirma Cleemann umstellt und den Prokuristen festgenommen, weil er angeblich im feindlichen Nachrichtendienst stehe ... Unter Mitnahme eines Paketes von Briefen ist der Prokurist dann angeblich von Closter in Loitkirkeby und vom Lehrer Kortsch von der hiesigen deutschen Abteilung der Bürgerschule nach der Grenze abtransportiert, aber am nächsten Tag von deutscher Seite wieder freigelassen worden ...

Herr Pastor Nissen, Tingleff, hat mir heute mitgeteilt, dass der Ortsgruppenleiter der NSDAPN – Festersen – in Quars zusammen mit anderen gefangene dänische Soldaten bewacht habe, wozu sie von der deutschen Wehrmacht Gewehre erhalten hätten.

Die Frau des volksdeutschen Gastwirts Johannsen in Bredewatt hat, wie Pastor Nissen weiter erzählte, einen in ihr Haus geflüchteten dänischen Soldaten entwaffnet, weshalb man sie angeblich zur Rechenschaft ziehen will.

In Tondern sind, wie mir Dr. Kähler sagte, am 9. 4. mehrere Hakenkreuzflaggen auf den öffentlichen Gebäuden gesetzt worden. Der Polizeimeister habe darauf Dr. Möller angerufen und ihn gebeten, die Flaggen entfernen zu lassen, da er keine Zwischenfälle schaffen wolle ...

Begrüßung der in Nordschleswig einrückenden Wehrmacht durch Angehörige der deutschen Minderheit am 9. April 1940. (Entnommen dem Band: Robert Bohn/Uwe Danker/Jørgen Kühl [Hrsg.], Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit, Bielefeld 2001. Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber.)

Wie mir bekannt geworden ist, haben auch verschiedene deutsche Volkstumsschulen die Hakenkreuzflagge am 9. 4. gesetzt. In Apenrade ist diese auf dem Dibbernhaus ... und auf dem Gebäude der Nordschleswigschen Zeitung gesetzt worden ...

Ein angeblicher Versuch, auch auf dem hiesigen Rathaus die Hakenkreuzflagge zu hissen, soll auf energischen Einspruch des Bürgermeisters unterblieben sein.

Am Abend des 9. April hat dann im hiesigen Deutschen Haus eine der Stimmung der deutschen Volksgruppe entsprechende Begrüßungsfeier stattgefunden ...“

So weit also das deutsche Konsulat in Apenrade zur Stimmung in der deutschen Volksgruppe bei der deutschen Besetzung am 9. April. **Die Haltung Berlins zu einer Grenzverlegung.** Die volksdeutschen Demonstrationen scheinen spontan und isoliert gewesen zu sein, und wahrscheinlich ist der deutsche Einmarsch überraschend gekommen – auch für die Führung der Minderheit, die aber zweifellos die neue Lage als voller neuer Perspektiven beurteilt hat.

Im deutschen Auswärtigen Amt hatte man jedoch einen Plan vorbereitet, der die Luft aus etwaigen Hoffnungen der deutschen Volksgruppe nehmen sollte. Schon am 9. April nahm man in Berlin mit der Volksdeutschen Mittelstelle Verhandlungen über Richtlinien für die Minderheit in der neuen Lage auf. Die Volksdeutsche Mittelstelle, kurz „Vomi“; war ein zentrales Organ der SS, das sich, teilweise im Wettstreit mit dem Auswärtigen Amt, mit den Verhältnissen der verschiedenen deutschen Volksgruppen beschäftigte. Aus dem Protokoll der Sitzung geht hervor, dass sehr strenge Richtlinien für die Minderheit fixiert wurden. So heißt es unter anderem:

„Im Hinblick auf unseren Einmarsch nach Dänemark habe ich mit Oberführer Behrends (stellvertretender Chef der Vomi) eingehend über Verhaltensmaßregeln für unsere Volksgruppe in Nordschleswig und für die mit ihr in Verbindung stehenden Stellen im Reich gesprochen. Ich gab ihm folgendes als unsere Stellungnahme: ... Wir haben Dänemark in dem Memorandum die territoriale Unversehrtheit zugesichert. Die Grenzfrage darf daher von der Volksgruppe nicht erörtert werden ...“

Wie man sieht, gab es also auch auf deutscher Seite ein ganz konkretes Junktim von „territorialer Integrität“ und Grenzfrage.

Das Protokoll enthält zusätzlich drei Punkte: Erstens sollte die Volksgruppe mit Rücksicht auf einen reibungslosen Verlauf der Besetzung (was dem Ausland, besonders den USA imponieren sollte) Provokationen vermeiden: „kein Triumphgeschrei und korrektes Verhalten gegenüber den dänischen Behörden“; wie es heißt. Zweitens wurde bedeutet, dass das Verhalten der Volksgruppe zur deutschen Wehrmacht „herzlich, aber ohne antidänische Spitze“ sein sollte: „Keine Verbrüderungsfeiern“.

Als letzter Punkt wurde festgelegt, dass die Betreuung der Interessen der deutschen Volksgruppe von Deutschland aus – wie bisher – in diskreter Form weitergehen sollte. Aus dem Protokoll geht zum Schluss hervor, dass Vomi den Richtlinien zustimmte und sie sowohl



der Volksgruppe als auch den „scharfmachenden Kreisen im Reich“ einschärfen werde. Hierbei dachte man wohl vor allem an die schleswig-holsteinischen Grenzpolitiker, die eifrig die Forderungen der Volksgruppe nach einer Grenzrevision unterstützten.

Am 12. April, also nur drei Tage nach der deutschen Besetzung, traf ein Abgesandter aus Berlin mit den festgelegten Richtlinien in Apenrade ein. Die Führung der Volksgruppe nahm den reichsdeutschen Kurs zur Kenntnis, aber es lässt sich nicht leugnen, dass das Stimmungsbarometer nach dem euphorischen 9. April tief nach unten sank.

Der Juni-Wirbel. Das hielt aber nicht alle Angehörigen der deutschen Volksgruppe von Demonstrationen ab. Ein ganz skurriles Beispiel geht aus einem Bericht des Polizeimeisters in Toftlund hervor. Er berichtete am 5. Juni 1940 dem Polizeiadjudanten in Apenrade, der den Bericht an den Präsidenten der Reichspolizei weiterleitete, wie folgt:

„Zur Mentalität eines Teils der im hiesigen Polizeikreis wohnenden Angehörigen der deutschen Volksgruppe kann ich mitteilen, dass ein dänischer Staatsbürger, aber deutsch gesinnter Landwirt X aus Toftlund, vor einigen Tagen nach dem Scheren seiner Schafe ein Hakenkreuz auf deren Hinterteil gemalt hat. Das Hakenkreuz ist schwarz, von etwa 25 cm Höhe und von hinten sichtbar. Der Betreffende hält jetzt etwa 12 bis 15 Schafe mit einigen Lämmern auf seiner Wiese direkt an der Landstrasse Toftlund-Rurup, unmittelbar südlich von Toftlund und westlich der Straße. Die älteren Schafe, etwa 12 bis 15 Stück, sind alle mit dem erwähnten Hakenkreuz versehen und sind selbstverständlich Gegenstand der Aufmerksamkeit

Die „Schleswigsche Kameradschaft“, eine Entsprechung der SA der deutschen Minderheit in Nordschleswig, marschiert am Morgen des 9. April 1940 bei Apenrade der in Dänemark einrückenden Wehrmacht entgegen. (Entnommen dem Band: Robert Bohn/Uwe Danker/Jørgen Kühl (Hrsg.), Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit, Bielefeld 2001. Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber.)

von Passanten. Der betreffende Landwirt, der neulich aus Tondern hierher gekommen ist, gilt als besonders deutsch gesinnt.“

Verschiedene Ereignisse im Sommer 1940 gaben den Hoffnungen der deutschen Volksgruppe auf eine Grenzrevision neue Nahrung. Die Waffen-SS fing an, Freiwillige unter den Jugendlichen der Volksgruppe anzuwerben, und es sprach sich herum, dass sie nach ihrer Ausbildung in Deutschland bei einer Aktion gegen die Grenze eingesetzt werden sollten.

Ganz entscheidend für die Erwartung einer baldigen Grenzrevision war die Entwicklung an der Front im Mai-Juni: Der vernichtende deutsche Sieg über Holland, Belgien und Frankreich bedeutete, wie früher erwähnt, unter anderem, dass die zwei Provinzen, die aufgrund des Versailler Friedensvertrages an Belgien abgetreten worden waren, wieder in das deutsche Reich eingegliedert wurden.

Vor diesem Hintergrund gab es eine ausgeprägte Zuversicht bei der deutschen Volksgruppe, dass Nordschleswig am 15. Juni, am zwanzigsten Jahrestag seiner Rückkehr nach Dänemark, wieder in Deutschland eingegliedert werde.

Noch einmal wurden die Hoffnungen der Volksgruppe von Berlin enttäuscht. Ihre Frustration wurde erneut zur Hoffnung, als der Führer Jens Möller am 16. Juni auf einer Sitzung der Unterführer der Partei eine Rede hielt. Hier bekräftigte er ein, dass es verboten sei, die Hakenkreuzflagge zu setzen. Aber er fügte dann hinzu, dass dies auf keinen Fall vor dem 28. Juni geschehen dürfe. Die rätselhaften Aussagen Jens Möllers wurden von den Zuhörern sofort als Hinweis darauf aufgefasst, dass an diesem Datum, dem Tag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, etwas ganz Entscheidendes zu erwarten sei.

In den folgenden Tagen gab es viel Wirbel im Landesteil, wie ihn ein zeitgenössischer Beobachter – es handelt sich um den Presseleiter der reichdeutschen NSDAP in Nordschleswig – in einem Bericht an das Büro der NSDAP in Kopenhagen schilderte:

„... Die Volksdeutsche Partei (NSDAPN) ließ in allen ihren Ortsgruppen durch Umfrage feststellen, wer Fahnenstangen und Fahnen wünsche und nahm Bestellungen dafür an. Von verschiedenen Leuten wurden in der Zeitung Fahnen und Fahnenstangen angeboten. Zu Hunderten wurden dann in ganz Nordschleswig, in den abgelegensten Dörfern und überall, Fahnenstangen und Fahnen bestellt und herangeschafft. Von maßgebenden Führern der Volksdeutschen Partei wurde verbreitet, dass der Führer am 28. Juni, dem Tag von Versailles, sprechen und Nordschleswig wieder ins Reich einverleiben werde. Man berief sich darauf, dass der Parteiführer Dr. Möller in Berlin gewesen sei. Einige ganz Kluge erzählten gar, der Parteiführer sei beim Führer im Führerhauptquartier gewesen ...

Fast alles wurde von dieser Psychose erfasst. Wer ruhig blieb und Zweifel zu äußern wagte, konnte erleben, dass er als Volksverräter angesehen wurde. Alle diese Leute richteten sich darauf ein, dass der 28. Juni die Entscheidung bringen werde, die lang ersehnte Rückkehr Nordschleswigs zu Deutschland.

Viele der im Grenzkreis Südtondern beschäftigten Grenzgänger aus Nordschleswig kehrten zum 28. Juni nach Hause zurück oder fuhren nicht an ihre Arbeitsstelle, weil sie bombenfest das Ereignis erwarteten ...

Der 28. Juni verlief ebenso wie der 15. Juni, ohne dass das Mindeste in dieser Richtung erfolgte. Welche Auswirkungen das auf die irreführten Volksdeutschen gehabt hat, lässt sich heute noch gar nicht absehen. Die Enttäuschung und die Verärgerung über die Irreführung hat sich manchmal in recht dramatischer Weise Luft gemacht. Andere, Frauen, die mit heißem Herzen ihre ganze große Hoffnung auf diesen Tag gesetzt haben, haben bitterlich geweint ...“

Der Wirbel nach den Andeutungen Jens Möllers vom 16. Juni, die wahrscheinlich nur dazu dienen sollten, der aktivistischen Stimmung in der Versammlung entgegenzukommen – gab der dänischen Mehrheitsbevölkerung Anlass zu großen Sorgen.

Am 20. Juni schickte der Polizeiadjutant von Apenrade einen Lagebericht an das dänische Justizministerium, in dem er abschließend dazu aufforderte, die Frage zum Gegenstand von Verhandlungen mit den deutschen Besatzungsbehörden zu machen.

In Kopenhagen scheint man auf den Rat des Polizeiadjutanten gehört zu haben, denn am 25. Juni fand sich der deutsche Gesandte Renthe-Fink auf dänisches Ersuchen hin zu einem Gespräch mit Staatsminister Stauning und Außenminister Munch ein. Hier wurden die Gerüchte von den eventuell bevorstehenden Ereignissen in Nordschleswig von dänischer Seite zur Sprache gebracht.

Renthe-Fink gab gegenüber Stauning und Munch kurz zu verstehen, dass er von den Gerüchten nichts gewusst habe. In seinem Bericht über das Gespräch an seine Vorgesetzten im Auswärtigen Amt in Berlin machte Renthe-Fink abschließend einige Bemerkungen, die nicht – jedenfalls nicht in einer so klaren Sprache – für dänische Augen und Ohren gedacht waren. Er schrieb:

„Hier wird vielfach mit Möglichkeit gerechnet, dass Führer am 28. Juni Versailler Diktat für annulliert erklärt und dass dadurch neue Lage für Nordschleswig entsteht. Einsichtige Kreise geben sich durchaus darüber Rechenschaft, dass Grenzziehung, die auf Versailler Diktat beruht, für Deutschland schwer erträglich, jedoch fehlt Entschlusskraft und Mut, von dänischer Seite initiative Verständigung mit Deutschland über Nordschleswigfrage anzustreben. Man gibt sich dabei auch Hoffnung hin, dass jetzige Grenze durch Zusicherung territorialer Integrität in deutschem Memorandum vom 9. April gewährleistet sei.“

Die Bemerkungen Renthe-Finks zeigen in aller Deutlichkeit, dass es nicht grundlos war, wenn man von dänischer Seite den deutschen Äußerungen und Versprechungen betreffend Nordschleswig und der Grenzfrage mit Vorbehalten gegenüberstand.

Aber zurück zu den hochgespannten Erwartungen vor dem 28. Juni – Erwartungen die, wie erwähnt, abermals enttäuscht wurden. Das geschah in Wirklichkeit schon am 25. Juni, als eine kurze Notiz der Parteiführung in der *Nordschleswigschen Zeitung* aber-

mals darauf hinwies, dass es verboten sei, die Hakenkreuzflagge zu setzen. Die Notiz erschien auf Veranlassung Berlins, und alles deutet darauf hin, dass es das deutsche Außenministerium war, das durch die Vomi der Volksgruppenführung gleichsam den Hahn abdrehte. Mit der Etablierung der Zusammenarbeitspolitik in Dänemark hatte das deutsche Auswärtige Amt sich eine besondere Bühne geschaffen, ein ganz spezielles Ressort. Und daher war man absolut nicht daran interessiert, dass volksdeutsche Hoffnungen auf eine Grenzrevision diese Zusammenarbeitspolitik gefährdeten. In dieser Sache gab es eine ausgeprägte Parallelität der Interessen mit der dänischen Regierung, weshalb der deutschen Volksgruppe wenig Spielraum eingeräumt wurde, sowohl von dänischer als auch von deutscher Seite.

Mit der dänischen Regierungsumbildung vom 8. Juli 1940 wurde eine eventuelle Grenzrevision für die deutsche Regierung noch weniger aktuell. Besonders zu dem neuen Außenminister Erik Scavenius hatten die Deutschen großes Vertrauen. Ihm war eine „Neuordnung“ Europas unter deutscher Führung nicht ganz fremd – jedenfalls nicht unter den gegebenen groß- und machtpolitischen Umständen! So sehr war der nüchterne und illusionslose Scavenius von einem baldigen deutschen Sieg überzeugt, dass er aus *freien Stücken* die Initiative ergriff zu einer nahen, aktiven und verbindlichen Zusammenarbeit mit „Großdeutschland“: So wurden zum Beispiel von Ende Juli 1940 an Verhandlungen über eine Währungs- und Zollunion zwischen Dänemark und Deutschland geführt. Wie bekannt, versandeten die Verhandlungen gegen Jahresende. Aber die Pläne wurden von deutscher Seite für so weitreichend gehalten, dass der Wunsch der deutschen Volksgruppe nach einer Grenzrevision die Verhandlungen nicht stören durfte.

Der Autoritätsverlust eines Führers. Unter diesen Bedingungen war es eine undankbare Aufgabe, Führer der deutschen Volksgruppe zu sein. Die Autorität Jens Möllers hing in hohem Maße davon ab, ob er das alles dominierende politische Ziel einer Grenzrevision verwirklichen konnte, die er seit mehreren Jahren proklamiert hatte. Nach dem 28. Juni ließ sich Jens Möller denn auch nicht davon abhalten, wenigstens in den engeren Parteikreisen an den alten Parolen festzuhalten. Das geht aus einem Bericht des deutschen Konsuls in Apenrade an die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen hervor. Am 5. August 1940 zeigte der deutsche Konsul Verständnis für die schwierige Lage Jens Möllers. Er schrieb: „... Vor einigen Tagen erfuhr ich, dass Dr. Möller auf einem Parteiabend am 28. Juli in Kjølstrup bei Hadersleben folgendes gesagt hat: ‘Man spricht viel von der Grenze. Einige sagen, sie käme bei Apenrade zu liegen, andere behaupten bei Hoptrup usw. Das ist alles Unsinn, als Grenze kommt nur die Königsau in Frage. *Ich glaube das nicht nur, ich weiss es.* Kaufen Sie sich ruhig Ihre Flaggen und Fahnenstangen.’

Ich (der Konsul) bin der Sache zunächst sorgfältig nachgegangen und erhielt sie gestern von Herrn Stehr (von der Volksgruppenführung), der auf dem Parteiabend zugegen war, wörtlich bestätigt.

Er fügte noch hinzu, dass Dr. Möller zwar nichts von der Grenzziehung wisse, die Äußerung jedoch aus propagandistischen Gründen für nötig halte ...

Ich weiß nicht, ob man Herrn Dr. Möller diese ... zweifellos unklugen Äußerung allzu sehr verübeln darf. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass es für eine Volksgruppenführung ein fast widernatürliches Verbot ist, über die glühendste Aufgabe ihrer Arbeit kein einziges Wort mehr reden zu dürfen ...“

Die Enttäuschung unter den Angehörigen der Volksgruppe über das Unvermögen ihrer Führung, den Traum einer Grenzrevision zu erfüllen, war so groß, dass einige aus der NSDAPN austraten. Ja, es bildete sich sogar eine Art Opposition, natürlich öffentlich nicht artikuliert, aber immerhin vorhanden. Es handelte sich vor allem um einen Kreis um den Leiter der deutschen Kreditanstalt in Hadersleben, Georg Vogelgesang. Er versuchte in seiner Unzufriedenheit mit der – seiner Auffassung nach – Passivität der Volksgruppenführung, in Berlin Gehör zu finden, freilich vergebens.

Um die Grenzfrage am Leben zu halten – und um die eigene Stellung innerhalb der Volksgruppe zu festigen – setzte die Volksgruppenführung im Sommer und Herbst 1940 ihre indirekte Argumentation für eine Grenzverlegung gegenüber den deutschen Behörden fort. Ein Mittel dafür war die „Gehässigkeits-Anzeige“: Man zeigte die dänische Mehrheitsbevölkerung wegen eines angeblichen Übergriffes gegenüber Angehörigen der deutschen Volksgruppe bei den deutschen Behörden an. Ein anders Beispiel war, dass man versuchte, Dokumentationen der Bevölkerungsstatistik so zu manipulieren, dass Nordschleswig als ein deutsches Gebiet erschien.

Der Großgermanische Gedanke und der gesamtdeutsche Schicksalskampf. Am 4. und 5. Dezember 1940 nahm die Volksgruppenführung an einer bedeutungsvollen und entscheidenden Sitzung in Berlin teil. Sie fand bei der Vomi statt, aber Jens Möller und seine Begleitung wurden in erster Linie mit den Standpunkten anderer reichsdeutscher Instanzen konfrontiert – ohne dass ich hier näher darauf eingehen werde.

Die Grenzfrage wurde auch erörtert, und hier wurde von der Volksgruppenführung verlangt, aus der Tatsache, dass das Grenzproblem anscheinend auf unbestimmte Zeit verschoben sei, die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Das sei eine Frage, um die sich *der Führer* zum gegebenen Zeitpunkt kümmern werde. Dagegen sollte die Volksgruppenführung für die Erhaltung der deutschen Nationalität in Nordschleswig arbeiten, und sie habe einzusehen, dass die Grenzfrage nicht notwendigerweise mit dieser Arbeit zusammenhänge. Anstatt für eine Wiedereingliederung in das Deutsche Reich zu agitieren, sollte die Volksgruppe ihre Arbeit mit dem „gesamtdeutschen Schicksalskampf“ abstimmen, wie es im Sitzungsprotokoll heißt, sowie nicht zuletzt mit der deutschen Außenpolitik.

Es wurde der Volksgruppenführung klargemacht, dass sie versuchen müsse, für diesen Standpunkt innerhalb der Volksgruppe Verständnis zu gewinnen. Der großgermanische oder pangermanische

Gedanke, durch den die Bedeutung nationaler Grenzen per Definition eliminiert war, kam auch dadurch zum Ausdruck, dass die Volksgruppenführung beauftragt wurde, eine Annäherung an die dänische nationalsozialistische Partei Frits Clausens zu suchen – eine Partei, zu der die Volksgruppe in starkem Gegensatz stand, eben wegen der Grenz- und Nationalitätsfrage. Für Frits Clausen, der zwar Nationalsozialist, aber auch ein alter dänisch-nationaler Nordschleswiger mit Vorliebe für eine Eidergrenze war, war eine Grenzrevision nicht nur eine Abscheulichkeit, sie wäre auch für seine Ambition, die Regierungsmacht in Dänemark zu gewinnen, mehr als schädlich gewesen – eine Ambition übrigens, die gerade im Herbst 1940 von gewissen reichsdeutschen Kreisen unterstützt wurde. Darauf und auf die Rolle Frits Clausens in der Grenzfrage 1940 werde ich hier nicht näher eingehen. Es sei nur festgestellt, dass die eigenen Vorstellungen Frits Clausens, eine Grenzrevision durch seine Interventionen in Berlin und bei den dänischen Politikern verhindert zu haben, milde gesagt, sehr übertrieben waren.

Wie dem auch sei: Die Volksgruppenführung nahm, zweifellos widerstrebend, die Richtlinien Berlins in der Sitzung am 4. und 5. Dezember weitgehend zur Kenntnis, und wenige Tage danach, am 8. Dezember, wurde der Text auf einer Parteisitzung in Apenrade ausgelegt.

Unter anderem wurde zu Protokoll gegeben:

„Die Stellung der Volksgruppe ergibt sich aus ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk. Der Kampf, den das deutsche Volk heute führt, wird nicht nur über die Zukunft des Reiches, sondern in gleicher Weise über die Zukunft des gesamtdeutschen Volkes entscheiden, gleichgültig, ob die einzelnen Angehörigen dieses Volkes innerhalb oder außerhalb der Grenzen des Reiches wohnen. Wir sind alle in das große Geschehen hineingestellt ...

[Die] Außenpolitik des Reiches bedingt für die deutsche Volksgruppe eine Stellungnahme zu dem innerpolitischen dänischen Geschehen. Alle Kräfte, die sich der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Sinne der vom Reich aus entfalteten Bestrebungen positiv stellen, sind in ihrer Arbeit zu unterstützen Das gilt für Dänemark insbesondere in Bezug auf die Bewegung von Frits Clausen ... Gerade die Volksgruppe ist heute im Grenzland die stärkste Trägerin der weltanschaulichen Idee unseres Führers und seines Kampfes für eine europäische Neugestaltung ...“ Damit war die Grenzfrage auf Veranlassung Berlins deutlich auf die lange Bank geschoben!

Deutschland hätte gewiss nichts gegen eine Grenzrevision gehabt, war aber nicht bereit, einen nennenswerten Preis dafür zu zahlen. Die Frage hätte zum Beispiel im Zusammenhang mit der „Neuordnung“ Europas geregelt werden können. Diese Haltung herrschte während der ganzen Besatzungszeit vor, bis die schwindenden Aussichten auf einen deutschen Sieg die Frage ganz in den Hintergrund drängten.

Auf dänischer Seite war man sich jedoch nie ganz sicher, ob die Grenzfrage erledigt war, und diese Unsicherheit nährte die Hoffnun-

gen der deutschen Volksgruppe: Sie hegte die Hoffnung, dass die Opferbereitschaft, die besonders durch die Anwerbung der Jugendlichen in der Minderheit zum deutschen Kriegsdienst zum Ausdruck gekommen war, mit der heiß ersehnten Grenzrevision belohnt werden würde.

Aber die dänisch-deutsche Grenze blieb bestehen; als einzige Versailles-Grenze wurde sie nicht revidiert. Auch in dieser Frage war Dänemark ein „Sonderfall“ im deutsch besetzten Europa.

Es handelte sich um einen Sonderstatus, der auf die dänische Annahme des deutschen Memorandums vom 9. April 1940 und die darauf folgende „Friedensbesetzung“ zurückgeführt werden kann.

